

**Antrag** der Fraktion Die Linke

**Ablehnung des Börsengangs der Deutschen Bahn AG in Gestalt einer „teilweisen Kapitalprivatisierung“ des Unternehmens**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den „Entwurf des Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes“ (BR-Drucksache 555/07), der zur teilweisen Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG und damit zur Beteiligung privater Dritter an dem Unternehmen führen soll, abzulehnen, und sich für einen generellen Verzicht auf den Börsengang der DB AG auszusprechen;
2. über den Bundesrat die anderen Länder für den Standpunkt zu gewinnen, dass
  - der vorliegende Gesetzentwurf wie auch jede andere Form des Börsengangs der DB AG aus verfassungsrechtlichen und verkehrspolitischen Gründen sowie wegen der erheblichen Haushaltsrisiken für den Bund und die Länder als nicht zielführend abgelehnt wird und
  - die DB AG zu ihrer Entwicklung gemäß dem in Artikel 87 e Abs. 4 des Grundgesetzes festgeschriebenen Mobilitätsauftrag als moderner Anbieter von Dienstleistungen im Personen- und Güterverkehr auf einem hochwertigen, in der Fläche wieder wachsenden Eisenbahnnetz langfristig und vollständig in öffentlichem Eigentum verbleibt.

Begründung:

Der mit Schreiben der Bundeskanzlerin vom 10. August 2007 dem Bundesrat übersendete Gesetzentwurf widerspricht den Interessen der Länder, der Bahnkundinnen und Bahnkunden sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB AG gleichermaßen. Auf die Ergebnisse der Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 2. August 2007 in Berlin zum Tagesordnungspunkt „Privatisierung der DB AG“ sei hier verwiesen.

Auch kann die Begründung nicht überzeugen, nach welcher der Gesetzentwurf vor dem Hintergrund der Liberalisierung des europäischen Güterverkehrs zum 1. Januar 2007 und der Liberalisierung des europäischen Personenverkehrs zum 1. Januar 2010 dringend erforderlich und deshalb gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 des Grundgesetzes besonders eilbedürftig sei. In Europa sind, abgesehen von zwei Ausnahmen, alle nationalen Eisenbahnen in staatlicher Hand.

Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass mit aller Macht vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, bevor sich auch die Mehrheit des Deutschen Bundestages der öffentlichen Meinung anschließt, und sich gegen die Zerschlagung der DB AG sowie deren Börsengang ausspricht. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage vom Juli 2007 lehnen 64 % der Bevölkerung die Privatisierungspläne der Bundesregierung ab.

Monique Troedel und Fraktion Die Linke